

Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid

**Article — Digitized Version**

## Abbau von Subventionen: nachhaltige Erfolge?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid (1990) : Abbau von Subventionen: nachhaltige Erfolge?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 70, Iss. 2, pp. 103-105

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1407>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Alfred Boss, Astrid Rosenschon

## Abbau von Subventionen: Nachhaltige Erfolge?

*Ende 1982 erklärte die Bundesregierung den Subventionsabbau zu einem ihrer Hauptziele. Ist sie – nach etlichen Mißerfolgen – auf diesem Weg inzwischen vorangekommen oder gab es nur Scheinerfolge?*

Die Subventionen haben von 1981 bis 1987<sup>1</sup> mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 4,2 % zugenommen (vgl. Tabelle 1). Dabei flachte das Anstiegstempo im Zeitraum 1984 bis 1987 ab. Dies beruht darauf, daß befristete Steuervergünstigungen ausliefen, die Anfang der achtziger Jahre von der sozial-liberalen Koalition beschlossen worden waren (Investitionszulage zur Konjunkturbelebung, Investitionszulage für die Eisen- und Stahlindustrie); dagegen beschleunigte sich nach 1984 die Zunahme der Summe der Finanzhilfen des Bundes (einschließlich des ERP-Sondervermögens), des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sowie der EG deutlich, vor allem wegen höherer Zahlungen zugunsten des Steinkohlenbergbaus und der Land- und Forstwirtschaft.

Die Subventionsquote (Subventionen in Prozent des Bruttosozialprodukts) war im Jahre 1987 mit 6,1 % um zwei Zehntelprozentpunkte niedriger als im Jahre 1981 (vgl. Tabelle 2). Der Anteil der Finanzhilfen an den Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stieg von 12,2 auf 12,3 %, die Relation zwischen Steuervergünstigungen und Steueraufkommen hingegen deutlich von 9,2 auf 10,0 %; dies lag vor allem an der zur Jahresmitte 1984 angehobenen Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft, der (bis Ende 1986) befristeten Erweiterung des Schuldzinsenabzugs für selbstgenutzte Häuser sowie den (ab 1983) gewährten Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Für die Jahre 1988 und 1989 liegen detaillierte Subventionszahlen in der Abgrenzung der Wirtschaftsfor-

schungsinstitute zwar noch nicht vor, Hinweise darauf, wie sich die Subventionen insgesamt entwickelt haben, liefern aber die Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, dem Finanzbericht 1990 und dem Zwölften Subventionsbericht (vgl. Tabelle 3). Wenngleich Abweichungen zwischen dem Subventionsansatz gemäß Tabelle 1 (Zeile 1) und der Summe der in Tabelle 3 erfaßten Subventionen bestehen, so lassen sich anhand dieser Daten doch Rückschlüsse auf die globale Entwicklung der Subventionen ziehen. Unterstellt man, daß diese sich so entwickelt haben wie die in Tabelle 3 insgesamt erfaßten Subventionen, dann belaufen sich die gesamten Subventionen im Jahre 1989 auf 127,3 Mrd. DM – nach 128,3 Mrd. DM im Jahre 1988 und 123,8 Mrd. DM im Jahre 1987. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 1987 bis 1989 um 5,7 % bedeutet dies, daß die Subventionsquote 1989 nur noch 5,6 % betrug (1987: 6,1 %).

### Ursachen

Entscheidend für den Rückgang der Subventionen im Jahre 1989 war die Abnahme der Finanzhilfen der EG. Bedeutsam dafür war, daß 1989 die Getreidepreise auf den Weltmärkten (aufgrund der Dürre und infolge von Flächenstillegungen in den USA) relativ hoch waren; dies hatte – begünstigt durch den starken Dollar – niedrigere Interventionskäufe, Lagerhaltungskosten und Exporterstattungen in der EG zur Folge. Einen nennenswerten Einfluß hatte auch, daß die Kosten der Lagerhaltung für Milchprodukte 1989 – bei geringeren Garantiemengen – nicht so hoch ausfielen wie 1988. Auch die Marktordnungsausgaben des Bundes waren 1989 relativ niedrig. Bedeutsam für den Rückgang der Subventionen im Jahre 1989 war aber auch, daß sich wegen des

---

*Dr. Alfred Boss, 43, ist Leiter und Dr. Astrid Rosenschon ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Finanzwirtschaft des Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.*

<sup>1</sup> Umfassende Daten in der Abgrenzung der Wirtschaftsforschungsinstitute (vgl. B. Fritzsche et al.: Subventionen, Ifo-Studien zur Strukturforchung, Nr. 11, München 1988) sind für 1982 und 1983 nicht und für 1988 und 1989 noch nicht verfügbar.

# SUBVENTIONEN

**Tabelle 1**  
**Entwicklung der Subventionen in der Bundesrepublik 1981 - 1987**

	1981	1984	1985	1986	1987	1981-1987	1981-1984	1984-1987
	(Mrd. DM)					durchschnittliche jährliche Veränderungen (%)		
Subventionen:	96,65	118,30	116,64	119,40	123,77	4,2	7,0	1,5
davon:								
Finanzhilfen	62,68	67,62	68,26	72,92	76,77	3,4	2,6	4,3
Bund <sup>1</sup>	40,00	43,31	44,02	48,26	51,80	4,4	2,7	6,1
Länder und Gemeinden	22,68	24,31	24,24	24,67	24,97	1,6	2,3	0,9
Steuervergünstigungen	33,97	50,68	48,38	46,47	47,00 <sup>b</sup>	5,6	14,3	-2,5
Nachrichtlich:								
Subventionen an Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	75,95	95,29	94,59	97,18	—	—	7,9	—
Subventionen nach den VGR <sup>2</sup>	28,23	35,76	37,30	40,54	43,61	7,5	8,2	6,8
Subventionen nach dem Subventionsbericht der Bundesregierung	60,80 <sup>a</sup>		70,00	71,00	71,30	2,3 <sup>c</sup>	—	—

<sup>1</sup> Bund, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, ERP, BA und EG. <sup>2</sup> Gebietskörperschaften. <sup>a</sup> 1980, da das Gesamtvolumen der Subventionen für das Jahr 1981 nicht ausgewiesen wurde. <sup>b</sup> Geschätzt. <sup>c</sup> 1980-1987.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Deutscher Bundestag, Drucksache 11/5116, Sachgebiet 707, 1. 9. 1989 (Zwölfter Subventionsbericht); eigene Berechnungen.

vergleichsweise hohen Dollarkurses die Zahlungen zugunsten des Sektors Luft- und Raumfahrzeugbau (Airbus) in Grenzen hielten.

Erste Erfolge beim Abbau der Subventionen sind damit unverkennbar. Sie sind allerdings weniger auf gezielte Maßnahmen als auf die günstige konjunkturelle Situation, den Anstieg der Weltmarktpreise für Agrarprodukte und den vergleichsweise hohen Dollarkurs im Jahre 1989 zurückzuführen.

Im laufenden Jahr wird sich der Abbau von Steuervergünstigungen im Rahmen der Steuerreform – wenn auch noch nicht voll – auf das Subventionsvolumen auswirken. Als Subventionen in der Abgrenzung gemäß Tabelle 1 zählen freilich nur jene Steuervergünstigungen, die sich erkennbar auf die Branchenstruktur auswirken und damit die Allokation verzerren. Es handelt sich bei-

spielsweise um die Beschränkung des Sonderausgabenabzugs von Bausparbeiträgen, um die Aufhebung der Sonderabschreibungen für bestimmte Investitionen im Bereich des Umweltschutzes, um die (allmähliche) Beseitigung der erhöhten Abschreibungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen und um die Aufhebung des Investitionszulagengesetzes. Insgesamt werden 1990 – in der Abgrenzung der Wirtschaftsforschungsinstitute – Steuervergünstigungen in Höhe von 2 bis 3 Mrd. DM entfallen.

## Ausblick

Die Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden dagegen 1990 – auch wegen der verstärkten Subventionierung des Wohnungsbaus in Reaktion auf den massiven Zustrom von Aus- und Übersiedlern – wohl deutlich zunehmen. Insoweit ist – im Vergleich zum Bruttosozialprodukt – allenfalls ein geringer Rückgang der Subventionen angelegt. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß neue Ausgaben im Rahmen der Hilfen für die DDR beschlossen worden sind (Zinssubventionen im Rahmen der ERP-Darlehen für bestimmte Investitionen in der DDR; Zuschuß an die Deutsche Reichsbahn; verschiedene Maßnahmen einzelner Bundesländer); weitere Maßnahmen mit Subventionscharakter sind zu erwarten. Der relative Rückgang der Subventionen könnte damit schon 1990 zum Stillstand kommen, zumal die Ausgabeneigung der öffentlichen Stellen aufgrund des kräftigen Abbaus der Budgetdefizite im Jahre 1989 generell zunehmen dürfte.

**Tabelle 2**  
**Subventionen im Verhältnis zu ausgewählten Bezugsgrößen in der Bundesrepublik 1981 - 1987**

	1981	1984	1985	1986	1987
Subventionen in % des Bruttosozialproduktes	6,3	6,7	6,3	6,1	6,1
Finanzhilfen in % der Staatsausgaben <sup>1</sup>	12,2	12,1	11,9	12,1	12,3
Steuervergünstigungen in % der Steuereinnahmen	9,2	12,2	11,1	10,3	10,0

<sup>1</sup> Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der VGR.  
Quelle: Eigene Berechnungen.

**Tabelle 3**  
**Ausgewählte Komponenten der Subventionen in der Bundesrepublik 1987 - 1989**

	1987	1988	1989	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1987 - 1989 (%)
	(Mrd. DM)			
Subventionen, VGR <sup>1</sup>	37,20	39,93	37,58	0,5
Sonstige laufende Übertragungen an Unternehmen, VGR	4,07	4,05	4,17	1,2
Vermögensübertragungen an Unternehmen, VGR <sup>2</sup>	23,88	23,45	24,05 <sup>a</sup>	0,4
Wohnungsbauprämie	0,86	0,84	0,90	2,3
Wohngeld	3,80	3,77	3,80 <sup>a</sup>	0,0
Ausgaben für die Zwecke der landwirtschaftlichen Sozialpolitik	4,71	4,92	5,14 <sup>a</sup>	4,5
Zusammen	74,52	76,96	75,64	0,7
Steuervergünstigungen nach der Abgrenzung der Forschungsinstitute	47,00 <sup>a</sup>	49,00 <sup>a</sup>	49,30 <sup>a</sup>	2,4
Nachrichtlich: Einbehaltene Umsatzsteuer	6,41	6,73	6,08	-2,6
Insgesamt	121,52	125,96	124,94	1,4

<sup>1</sup> Gebietskörperschaften; abzüglich der in den Steuervergünstigungen enthaltenen einbehaltenen Umsatzsteuer.

<sup>2</sup> Gebietskörperschaften; abzüglich der in den Steuervergünstigungen enthaltenen Investitionszulagen nach § 4b des Investitionszulagengesetzes.  
<sup>a</sup> Geschätzt nach Angaben im Subventionsbericht.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1990, Zwölfter Subventionsbericht; eigene Berechnungen.

Es spricht wenig dafür, daß es in den nächsten Jahren zu deutlichen Fortschritten beim Subventionsabbau, insbesondere bei den Finanzhilfen, kommen wird. Denn die Bundesregierung hat eine regelgebundene Kürzungsstrategie nicht angekündigt. Fehlt sie aber, dann wird die „Subventionsnachfrage“ weiter auf ein ausreichend großes „Subventionsangebot“ treffen. Die Subventionsbegünstigten werden organisierten Druck ausüben, um ihre Besitzstände zu wahren oder neue durchzusetzen, die Politiker und die Verwaltung werden letz-

lich Rücksicht nehmen auf die betroffenen Partikularinteressen. Die Gegenkräfte auf der Seite jener, die aufgrund der Subventionierung diskriminiert werden, werden schwach bleiben, da sich die Kosten auf viele verteilen oder nicht unmittelbar erkennbar sind. Unter diesen Bedingungen ist es für jene, die die Kosten zu tragen haben, wenig attraktiv, gegen die Subventionierung anderer Gruppen zu kämpfen. Viel billiger ist es, diese hinzunehmen und zu versuchen, selbst an den Tropf staatlicher Hilfen angeschlossen zu werden.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**

**NEUERSCHEINUNG**

Lü Jin-Sheng

**GESCHÄFTE MIT CHINA**

Ein Leitfaden

Großoktav,  
ca. 280 Seiten, 1989,  
brosch. DM 58,-  
ISBN 3-87895-376-3

Auf Anregung des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth, ist dieses Buch entstanden. Es soll Unternehmen, die Geschäfte mit der Volksrepublik China machen wollen, als Leitfaden dienen. Darüber hinaus ist es wegen der Fülle von Daten und Fakten auch für Forschungszwecke eine wichtige Nachschlagequelle. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. G. Franke, Universität Konstanz, betreut. Das HWWA-Institut hat sie in seine Veröffentlichungsreihe aufgenommen, weil sie eine wichtige Ergänzung der eigenen Arbeiten des Instituts zum Thema China darstellt.

**VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG**